

Vor 150 Jahren: La Commune de Paris

Vom 18. März bis zum 28. Mai 1871 hat sie existiert, die Kommune von Paris. Nur 72 Tage. Und doch hat sie in der Menschheitsgeschichte Spuren hinterlassen, die auszulöschen bisher keinem gelungen ist. Unmissverständlich ist des Wuppertalers Friedrich Engels Auffassung, dass die historische Größe der Kommune: ihre kühne Kampfansage an jede Regierung des kapitalistischen Chauvinismus, Grund genug sei, den 18. März „überall und immer“ als Feiertag des Proletariats zu begehen. Zu kommentieren bleibt aber, dass es besonders für Deutsche gilt, die Erinnerung an das Revolutionsgeschehen in unserem – durch kriegerisches Mit- und Gegeneinander verbundenem – Nachbarland wach zu halten, ja sie für Sozialisten und Kommunisten zu einer intellektuellen Herzensangelegenheit werden zu lassen. In Paris wurde schließlich für die Befreiung auch der deutschen Arbeiter gekämpft, auch der deutschen Soldaten, die bei der Niederschlagung der Kommune beteiligt waren.

In der von Karl Marx, einem Deutschen jüdischer Herkunft, vorgeschlagenen, von ihm auftragsgemäß (auf Englisch) verfassten und vom Generalrat der Internationalen Arbeiter-Assoziation im Mai 1871 auch einstimmig angenommenen Adresse an alle Mitglieder der Internationale in Europa und den Vereinigten Staaten heißt es, dass die Kommune die „endlich entdeckte politische Form war, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte“, und Friedrich Engels charakterisierte diese Pariser Kommune als „Diktatur des

Proletariats“, was Wladimir Iljitsch Lenin später gebührend würdigte.

August Bebel hatte als dessen Abgeordneter dem Deutschen Reichstag rückhaltlos angekündigt, dass der Schlachtruf des Pariser Proletariats: „Krieg den Palästen, Friede den Hütten, Tod der Not und dem Müßiggange“ auch der Schlachtruf des gesamten europäischen Proletariats sein werde. Das war am 25. Mai 1871. Doch schon drei Tage später hatten die vom deutschen Militär unterstützten französischen Machthaber die Pariser Kommune besiegt. In ihrem Auftrag, dem einer konterrevolutionären Regierung des nationalen Verrats, wurden an die 30.000 Kommunarden erschlagen, erschossen, hingerichtet oder in die Kolonien deportiert; mit der Erschießung der letzten 147 Kommunarden an der südlichen Mauer des Friedhofs Père Lachaise endete der Rachefeldzug der Bourgeoisie gegen die Pariser Kommune.

Zwei Tage nach der vollständigen Niederlage der Kommune beendete Marx seine Analyse der Pariser Konterrevolution mit dem poetischen Trauersatz: „Die Märtyrer der Kommune sind eingeschreint (im Original: enshrined) im großen Herzen der Arbeiterklasse.“ (MEGA I/22, S. 159) Doch deutsches Reformistentum verweigerte sich. Pietätlos äußerte sich 1898 Georg von Vollmar, ein seinerzeitiger Antipode August Bebels und erster SPD-Vorsitzender Bayerns (nach dem noch heute eine bayrische Bildungs-Akademie benannt ist): Schlechter würden die französischen Arbeiter ihrer Sache auch nicht gedient haben, wenn sie im März 1871 geschlafen hätten. Rosa Luxemburg blieb es vorbehalten, klug zu erwidern: Diejenigen

Führer einer Bewegung seien armselig, die eine Schlacht nur dann aufnehmen, wenn sie den Sieg von vornherein in der Tasche haben.

Die deutschsprachige Kommune-Literatur fußt vor allem auf Prosper Lissagaray, selbst Kommunarde (dessen bereits 1874 publizierte *Histoire de la Commune* von Marxens Tochter Eleanor ins Englische übersetzt wurde und die 1894 erstmals im Stuttgarter Dietz Verlag auf Deutsch, danach mehrfach in der DDR nachgedruckt wurde), sowie auf Hermann Duncker, dessen in Berlin 1931 unter dem Titel *Pariser Kommune* edierte Zusammenstellung von Berichten und zeitgenössischen Dokumenten auch heute noch unverzichtbar ist. Doch entschieden mehr als den Wissenschaftlern verdankt die *Commune de Paris* den Dichtern ihr Weiterleben im Menschheitsgedächtnis, auch in dem der Deutschen. Erinnert sei wenigstens an Victor Hugo, Arthur Rimbaud, Émile Zola, Umberto Eco, Ernest Hemingway, Jean Vautrin und natürlich an Bertolt Brecht, der in seinen Svendborger Gedichten von 1934 eine sechsstrophige Kommunarden-Resolution poetisiert hatte, die er in sein von ihm 1948/49 in Zürich geschriebenes Stück *Die Tage der Commune* aufnahm. Es wurde erst nach seinem Tod 1956 in Karl-Marx-Stadt (inzwischen rückverwandelt in Chemnitz) uraufgeführt, freilich nicht zum Gefallen einiger SED-Kulturfunktionäre, und schon gar nicht (wegen des von Brecht legitimierten Rechts auf Terror) vom „Echo der Zeit“ (Recklinghausen, 20. 1. 1957), in dem es heißt, dass es „in der gesamten deutschsprachigen Bühnenliteratur kein anderes Werk gibt, das so eindeutig zum Mord an den Andersdenken-

den aufhetzt“. Die am 13. Jahrestag der DDR-Gründung im Berliner Ensemble aufgeführte Inszenierung dieses Stückes von Manfred Wekwerth mitsamt den Vertonungen von Hanns Eisler wurde von der Presse in Ost wie West überschwänglich gelobt. Derzeit wird Brechts Kommune-Stück auch von kleineren Ensembles in Deutschland aufgeführt.

Um auch das noch kommentierend zu ergänzen: Anlässlich des hundertsten Jahrestages der Pariser Kommune war auf einer 20-Pfennig-Briefmarke der DDR zu sehen, wie französische Frauen die Revolutionsbarrikade mit Gewehren in der Hand verteidigen, und im gleichen Jahr 1971 wurde am 17. März eine längere Straße in Ost-Berlin in „Straße der Pariser Kommune“ umbenannt, was merkwürdigerweise 1991 nicht rückgängig gemacht wurde; Frankreichs Botschafter soll das verhindert haben. Im Mai 2019 hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung Nordrhein-Westfalens eine dem Verhältnis von Marx zur Kommune gewidmete Lese- und Entdeckungsreise nach Köln und Paris veranstaltet.

Es kennzeichnet den Nimbus der Pariser Kommune, dass deren Vergangenheits- in ihre Gegenwartsbedeutung überleitet. Symbolträchtiges zunächst: Das Raumschiff der UdSSR Woschod 1 hatte im Oktober 1964 neben Bildern von Marx und Lenin auch den übriggebliebenen Fetzen einer Fahne der Pariser Kommune in den Weltraum mitgenommen. Inhaltliches sodann: Die Pariser Kommune war auf eine Weltrepublik angelegt, stand also von Beginn an in einem fundamentalen Gegensatz zu jeglichem Chauvinismus. Den aber erleben wir in der Gegenwartsgestalt des *America First*, dem

sich auch die bundesdeutsche Außenpolitik unterwirft. Auch einst im radikalsten gemeinten *Deutschland, Deutschland über alles* hatte der Chauvinismus zur Massenbasis für Aggressionskriege, Antisemitismus und andere Verbrechen beigetragen.

Ein letztes noch: In ihrer ach so kurzen Existenzzeit verfügte die Pariser Kommune durch Dekrete unter anderem: Stundung der Mieten; Einstellung des Verkaufs verpfändeter Gegenstände und deren Rückgabe; Übergabe der von ihren Eigentümern verlassenen Fabriken und Werkstätten an die Arbeiter; Verbot des Bettelns; die Einrichtung von Lesehallen in den Spitälern; Aufhebung der Nacharbeit für Bäckergesellen. Hingegen sieht die laut ihrem Grundgesetz (Art. 20, 14, 15) sich sozialstaatlich firmierende, in der Wirklichkeit jedoch fundamental-kapitalistisch formierte BRD außerstande, die Fabrik-, die Grundstücks- und die Wohnungskonzerne zu bändigen, um den Millionen Wohnungslosen zu Wohnraum, den Millionen Arbeitslosen zu Arbeit, wie den Millionen auf ein Existenzminimum Limitierten zu einem dem Reichtum der Gesellschaft angemessenem Wohlstand zu verhelfen. Die gutgemeinte, bestenfalls die von der herrschenden Klasse Ausgebeuteten zur Solidarität untereinander aufrufende Behauptung „Teilen macht satt!“ umgeht das Fundamentalübel der Gegenwart, das Privateigentum an den Produktionsmitteln. Das zu erkennen bedarf es der Erfahrungen vergangener Niederlagen von Sozialisten und Kommunisten (beginnend mit der Pariser Kommune) wie den Erkenntnissen eines sich erneuernden Marxismus.

Hermann Klenner

Leo Panitch (1945 – 2020)

Kurz vor Jahresende ging die Nachricht vom plötzlichen Tod Leo Panitchs am 19. Dezember 2020 durch die Welt und löste Bestürzung und Trauer aus. Er wurde Opfer des Corona-Virus, infizierte sich bei einer Untersuchung im Krankenhaus. Noch im Vorwort zum *Socialist Register (SR) 2021*, das sich mit Perspektiven jenseits des „digitalen Kapitalismus“ befasst, machte er (mit Greg Albo) auf die neuen Herausforderungen durch die Pandemie (im Kontext der systemischen Krise des globalen Kapitalismus) aufmerksam – auf den Widerspruch zwischen den Folgen der neoliberalen Austeritätspolitik (nicht nur im Gesundheitswesen) auf der einen und dem Zwang zur massiven Erhöhung der Staatsausgaben im Kampf gegen die Pandemie und ihre wirtschaftlichen Folgen auf der anderen Seite. Gleichzeitig greift die Corona-Krise sowohl in die globalen Wirtschaftsbeziehungen als auch in die Alltagserfahrungen der Lohnabhängigen innerhalb und außerhalb der Arbeit ein.

Leo wuchs im Norden der kanadischen Stadt Winnipeg (Manitoba) in einem Arbeiterviertel mit einer reichen sozialistischen Kultur auf. Seine Eltern waren jüdische Migranten aus der Ukraine. Der Vater arbeitete in einer pelzverarbeitenden Fabrik; die Mutter ging nachts Putzen. Leo studierte zunächst an der University of Manitoba, ging aber 1967 nach London zur London School of Economics, wo er 1974 mit einer Arbeit zu dem Thema „Social Democracy and Industrial Militancy“, über das Verhältnis von Labour Party und Gewerkschaften promovierte. Der

Betreuer seiner Arbeit war der berühmte marxistische Soziologe Ralph Miliband, der 1964 das *Socialist Register* gegründet hatte, das er seit 1985 dann gemeinsam mit Leo Panitch herausgab. Leo kehrte 1972 nach Canada zurück, übernahm 1984 an der York University von Toronto eine Professur für Politikwissenschaft und vergleichende Politische Ökonomie. 2018 wurde er als „distinguished research professor“ emeritiert. Seitdem war er in der ganzen Welt unterwegs, um in Vorträgen und auf Konferenzen seine Analysen des Zusammenhangs von kapitalistischer Krise und sozialistischen Perspektiven darzulegen und zu diskutieren. Gleichzeitig engagierte er sich für die Kampagnen von Bernie Sanders in den USA und von Jeremy Corbyn in Großbritannien. Mit den „jungen Wilden“ von *Jacobin* (in New York) arbeitete er eng zusammen.

Wir luden Leo vom Marxistischen Arbeitskreis (MAK) 1995 nach Marburg ein, um über seinen bemerkenswerten Artikel „Globalisation and the State“ (SR 1994) zu diskutieren. Darin begründete er das Konzept vom „American Empire“, das er 2012 mit seinem Freund Sam Gindin in dem vielfach ausgezeichneten Werk „The Making of Global Capitalism“ ausarbeitete. Die Studierenden waren begeistert von diesem international renommierten, marxistischen Theoretiker, der auch dadurch beeindruckte, dass er immer wieder – bei der Nennung prominenter Namen – den Kurzkommentar „Bullshit“ verwendete. Danach folgten zahlreiche Begegnungen in Marburg, New York und Toronto, bei denen wir uns über Fragen der Imperialismusanalyse und der sozialistischen Strategie – vor allem auch über Fragen einer lin-

ken Gewerkschaftspolitik – austauschten.¹ Dazu erkundeten wir vor Ort die besten Jazzclubs. Leo war sehr bewegt, als der kommunistische Betriebsrat Willi Malkomes uns zu den Stätten der Frankfurter Arbeiterbewegung und des Gedenkens an die Opfer des Holocaust führte. Leo war – als Wissenschaftler und als Genosse – ein überzeugender und überaus sympathischer „organischer Intellektueller“ der Arbeiterklasse.

Frank Deppe

Friedensbewegung – neue Herausforderungen

Eigentlich, ja eigentlich sollten der Friedensbewegung hierzulande die Massen zulaufen, und dies aus allen Altersstufen. Die Liste ihrer Herausforderungen ist lang:

- Die allgemeine Rüstungsdynamik auf der Erde ist ungebremst, wobei der Anteil der NATO-Staaten und ihrer engen Verbündeten weiterhin über 70 Prozent beträgt; die Zahl der Hungernden auf der Erde ist gleichzeitig, nicht zuletzt durch die Fluchtbewegungen der vergangenen Jahre und die Corona-Krise, wieder um eine neunstellige Zahl angewachsen.
- Die Zahl der Interventionskriege bleibt auf hohem Niveau, obwohl keiner von ihnen seit Jugoslawien über Afghanistan, Irak, Libyen, Mali, Syrien, um nur die größten zu nennen, ein „Erfolg“ genannt werden kann. Im Ge-

¹ Vgl. das Interview mit Leo Panitch zum Thema „Neuer Imperialismus – neue Imperialismustheorie“ in Z. 52 (Dezember 2002), S. 77-87.

genteil haben die Interventionsstaaten herbe Niederlagen einstecken müssen, während in den angegriffenen Staaten desaströse Zustände hinterlassen wurden (und weiterhin werden).

- Die reiche Bundesrepublik ist an dieser Politik aktiv beteiligt: Die herrschende Große Koalition (unter Einschluss also der Sozialdemokratie) hat in der NATO das 2%-Aufrüstungsziel mit beschlossen, das im kommenden Jahrfünft – nach den schon erheblichen Steigerungen der vergangenen Jahre – eine weitere Steigerung der Aufrüstungskosten um etwa 80 Prozent bedeuten würde.

- Die Bundesrepublik mischt auch im Rüstungsexportgeschäft unter Verletzung der eigenen (unzureichenden) Richtlinien an vorderster Front mit.

- In der aktuellen Diskussion der Anschaffung von Drohnen für die Bundeswehr wird nicht mit offenen Karten gespielt: Hier geht es letztlich (im Kern in der Kooperation mit dem Frankreich der Macron-Administration) um den Aufbau einer, so der Sprachgebrauch, „(teil)autonomen Kriegsführung“.

Warum nun laufen die Menschen, vor allem die jüngeren, der Friedensbewegung nicht in Scharen zu?

- Es gibt (neben der DKP) mit der LINKEn nur eine große politische Partei in unserem Land, die friedenspolitische Ziele uneingeschränkt bejaht (und auch innerhalb dieser gibt es eine Diskussion um eine Aufweichung der bislang strikten Friedensforderungen); die Große Koalition verfolgt weitgehend ohne Störungen und innere Brüche den Aufrüstungsprozess.

- Die deutschen Medien, und das gilt für alle kapitalistischen Staaten, spielen das Lied von Kriegen, die anderswo geführt

werden, und von Aufrüstung, die angeblich in anderen Ländern, vornehmlich in Russland und in der VR China betrieben wird, jeden Abend in die Wohnzimmer – kritische Berichterstattung gegen die eingangs geschilderten Szenarien werden zu später Stunde gesandt.

- Es scheint ein neues Bild vom Krieg in den Medien und danach auch bald in den Köpfen ihrer Konsument*innen zu geben: Die Legenden vom „sauberen“, vom „gerechten“ Krieg verfangen offenbar; „Kriege mit null Toten“, die Toten der Gegenseite bleiben dabei unerwähnt, scheinen im Zeitalter der Drohnen möglich und bereits stattzufinden.

- Der „Terrorismus“ scheint alle Mittel zu rechtfertigen – wobei nicht einmal gefragt wird, wo seine Quellen und Ursachen sind (und wie man ihn vernünftig bekämpfen könnte).

- Das Völkerrecht scheint seit dem verheerenden Jugoslawienkrieg nicht mehr schützens- oder erstrebenswert.

Es gibt freilich auch Erfolge in der Bewegung und beim Versuch der Aktivierung der Bevölkerung zu verzeichnen:

- Die Kampagnen gegen die deutschen Rüstungsexporte scheinen zu greifen: Hier hat sich eine entschlossene Gruppe von Analytiker*innen und Aufklärer*innen um Jürgen Grässlin des Themas angenommen; hierüber ist eine kritische Öffentlichkeit entstanden.

- Die Kampagne „Sicherheit neu denken“ der evangelischen Kirche in Nordbaden erlebt großen Zulauf und Rückhalt in der Bewegung; dies gilt weiterhin ungebrochen für „Institutionen“ wie den Kasseler „Friedensratschlag“ oder die Jahreskonferenzen der Tübinger *Informationsstelle Militarisierung (IMI)*.

- Auch mit den Aktivitäten gegen die 2%-Aufrüstung („Abrüstung statt Aufrüstung“) werden, wenngleich quantitativ nicht mit den 6 Millionen Unterzeichner*innen des „Krefelder Appells“ der 80er Jahre vergleichbar, viele Menschen erreicht. Diese Aktivitäten sind besonders wirksam, wenn das Unterschriften-Sammeln mit dem Austausch von Argumenten verbunden wird.

- Eine Erfolgsgeschichte sind auch die weltweiten Bestrebungen zur Ächtung der Atomwaffen: Unlängst hat das 50. Land der UN den Vertrag ratifiziert, der am 22. Januar 2021 in Kraft getreten ist.

- Die Friedensforschung ist mittlerweile an den deutschen Hochschulen verankert; hier ist eine Politisierung der Arbeit im Sinne einer stärkeren Dienstleistung der Forschung für die Bewegung zu diskutieren.

Welche Lehren können aus den aktuellen Erfolgen und den Problemen gezogen werden? Wie sollte weiter gearbeitet werden?

Die Bewegung muss weiter konkret argumentieren und dabei unbequeme Fragen stellen: Was bedeutet die Verschwendung von Aufrüstungsgeldern für die Sozial-, die Gesundheits-, die Bildungspolitik? Wo hat militärische Gewalt jemals in der Geschichte ein Problem nachhaltig gelöst? Wird unser Land, wird die EU überhaupt von irgendwem militärisch bedroht? Sind unsere hochindustrialisierten Staaten überhaupt militärisch zu verteidigen? Ist das entschlossene Agieren gegen den Neoliberalismus nicht viel wichtiger (und kostengünstiger) für den Zusammenhalt einer Gesellschaft wie auch für eine Sicherheitspolitik, die ihren Namen verdient? Wo können und müssen argumentative und praktische Brücken zur

aktuellen Klima- und Verkehrswende-Bewegung gebaut werden?

Johannes M. Becker

Keine Richtungsentscheidung

Dass die CDU nach ihrem digitalen Parteitag vom 15./16. Januar 2021 viel besser dasteht als ein Jahr zuvor, hat nichts mit diesem Event und der dort getroffenen Entscheidung für Armin Laschet zu tun, sondern mit ihrer erstaunlichen Erfolgsgeschichte nach dem Scheitern von Annegret Kramp-Karrenbauer.

Im Februar 2020 stand es schlecht um sie. Laut Umfragen gab es für die Unionsgeführte schwarz-rote Koalition keine Mehrheit mehr, wohl aber für ein Bündnis entweder mit den Grünen oder mit der AfD. Nachdem der Damm, der in Thüringen für ein paar Tage schon gebrochen war, wieder notdürftig geflickt werden konnte, hatte sie nur noch eine einzige Option: schwarz-grün, entweder pur oder mit Jamaika. Diese alternativlose Situation war ein gefundenes Fressen für die AfD. Für die nächsten Etappen konnte man folgenden Ablauf prognostizieren: 2021 Schwarz-Grün, dadurch weiterer Aufwuchs für Gauland und Höcke, immer stärker werdender Sog in Richtung einer blauschwarzen Zusammenarbeit, zunächst wohl in den östlichen Bundesländern.

Ein Jahr später hat die Union wieder beide Hände frei – entweder für eine schwarzgrüne oder für eine schwarzrote Kombination.

Das hat viel mit Corona zu tun, aber nicht nur. Ein Ausnahmezustand ist

immer die Stunde der Exekutive. Davon profitierte die Partei, die die Kanzlerin stellt. CDU und CSU stiegen wieder auf, die SPD wurde nur als ihre Gehilfin wahrgenommen.

Nicht nur das Pandemie-Management hat zu diesem Umschwung beigetragen. Hinzu kam, dass deutschland-, europa- und USA-weit die rechte Welle zwar noch nicht gebrochen, aber fürs Erste geschwächt wurde. Dazu trugen außerparlamentarische Bewegungen bei: in den USA *Black Lives Matter*, weltweit *Fridays for Future*, in der Bundesrepublik die Reaktionen auf die Wahl eines – wenngleich bald darauf wieder gestürzten – thüringischen FDP-Ministerpräsidenten von Gnaden der AfD und CDU und die sofortigen landesweiten Demonstrationen nach dem Anschlag in Hanau (beides im Februar 2020). Mit Beginn der Pandemie verbanden sich diese Impulse mit einem Kampf für das Leben und wissenschaftliche Rationalität. Trump stürzte über seine konsequente Entschlossenheit, die Gesundheit seiner Landsleute den Interessen der Industrie zu opfern. Gauland ideologisierte seine todessüchtige Haltung mit dem Schiller-Schwulst, das Leben sei der Güter höchstes nicht. Wo die Alternative zwischen Lockdown und bewusster Hinnahme eines Massensterbens bestand, gab es als Nutznießerin mittlerweile veränderter außerparlamentarischer Kräfteverhältnisse eine Neue Mitte. In Deutschland am Beispiel der Pandemiebekämpfung: einerseits so viel Einschränkung wie nötig, damit die Kapazitäten der seit Jahrzehnten kaputtgesparten Kliniken nicht überfordert werden; andererseits so viel Öffnung wie möglich, um die Unternehmen zu schonen. Solange dieses

Lavieren Akzeptanz fand, wurden die so genannten Extreme geschwächt, dies aber in unterschiedlichem Maße. Die AfD verlor in den Umfragen ein paar Punkte, blieb aber mit ihren katastrophalen Losungen erkennbar. Dagegen gab es keine klare Thesenbildung parteipolitisch links, zum Glück allerdings außerparlamentarisch: den Aufruf „Zero Covid – Für einen solidarischen europäischen Shutdown“ (zero-covid.org). Es sieht so aus, als werde die Partei *Die Linke* diese Chance vorübergehen lassen. Die Union wurde durch sie nicht herausgefordert und konnte es sich, nachdem demokratische Bewegungen ihr 2020 Luft gegen die Bedrängnis von rechts verschafft hatten, gemütlich machen.

Dieses Zwischenhoch für einen neuen mittleren Mainstream ist ein Abschiedsgeschenk für Angela Merkel und machte Armin Laschet zum CDU-Vorsitzenden. Mehr als eine Atempause ist das aber nicht. Die Probleme der Union sind dieselben wie Anfang 2020.

Um eine Richtungsentscheidung ging es bei der Wahl des neuen Vorsitzenden schon deshalb nicht, weil Armin Laschet durch die Kooptation von Jens Spahn als running-mate signalisiert hatte, dass er den konservativen Parteiflügel dabeihaben will. Nach seinem Sieg wird er bestürmt, die starke Minderheit, die für Merz gestimmt hatte, zu integrieren. Die Mitte soll also eine rechte Mitte sein.

Rechts von der Union fehlt nach wie vor ein Partner. So ist vorerst kein Bürgerblock möglich: die FDP ist zu schwach, um dessen relevanter Teil zu sein. CDU und CSU können – Stand Anfang 2021 – nur Mehrheiten mit Parteien bilden, die entweder sozial-

und wirtschaftspolitisch (SPD) oder habituell und umweltpolitisch (Grün) links von der Linie stehen, die innerhalb der Union die Mitte markieren soll. In einer schwarz-roten Bundesregierung hat ihr das bisher nicht geschadet. In Baden-Württemberg dagegen wurde die CDU von den Grünen überholt. Koaliert sie im Bund mit diesen, bekommt die AfD ihre zweite Chance. Zwar hat sie seit Beginn der Pandemie Einbußen erlitten, aber sie wird nicht verschwinden. Im Grunde kann sie sich dazu gratulieren, dass sie sich letztlich gut gehalten hat. Sie gewann eine neue Vorfeld-Organisation: die Corona-Leugner. Insofern könnte sie langfristig sogar gestärkt aus der Krise hervorgehen. Der Kern der Organisation ist intakt und manövrierfähig geblieben. Das ist eine gute Ausgangsbasis, wenn die Verteilungskämpfe nach der Pandemie mit zu erwartenden neuen Verlierern ihre Basis wieder erweitern werden. Gelingt es Jörg Meuthen, die offenen Faschisten in seiner Partei zu schwächen, ohne dass diese unter die Fünf-Prozent-Grenze rutscht, könnte die AfD für die Union irgendwann – wohl aber später –, als Teil eines neuen Bürgerblock interessant werden.

Diese langfristigen Trends sind relevanter als die Frage, welcher Unionspolitiker denn nun Kanzler-Kandidat werden wird. Laschet wird ebenso wie Söder für Schwarz-Grün stehen. Auch Merz hätte keine andere Wahl getroffen. Die Grünen wollen in eine Unionsgeführte Regierung, egal unter welchem Kanzler. Dies stand ebenfalls schon vor dem CDU-Parteitag fest. Ein Lagerwahlkampf wird nicht stattfinden. Es dürfte also langweilig bleiben.

Georg Fülberth

Indiens autoritäre Rechtswende und die Bauern

Der 26. Januar wird in Indien als Tag der Republik begangen – gewöhnlich mit einer monumentalen Militärparade auf der Prachtstraße des Regierungsdistrikts in Delhi. Am 26. Januar 2021 fuhren zahlreiche Traktoren aus den umliegenden nordindischen Bundesstaaten in die Hauptstadt ein und stahlen der Militärtechnik die Schau. Die Zufahrten nach Delhi waren von hunderttausenden Bauern bereits seit November belagert worden. Dies ist die bislang umfassendste soziale Bewegung gegen die seit 2014 amtierende Regierung unter Premierminister Narendra Modi – eine Regierung, welche die autoritäre Untergrabung der bürgerlich-demokratischen Institutionen Indiens, die systematische Diskriminierung der muslimischen Minderheit und die polizeistaatliche Verfolgung von Protesten und Oppositionellen mit einer aggressiven Wirtschaftspolitik zugunsten indischer wie transnationaler Großkonzerne verbindet: die rabiate Privatisierung des staatlichen Tafelsilbers, häufig an industrielle „Amigos“, geht einher mit der Untergrabung ohnehin schwacher sozialer Sicherungssysteme (etwa der staatlichen Mindestbeschäftigungsgarantie für die ländlichen Armen). Zudem erfolgt die systematische Liquidierung in den ersten Jahrzehnten indischer Unabhängigkeit erlassener Gesetze, die Märkte regulieren und Unternehmensmacht einschränken.

Wenn indische Großkonzerne zuvor in rheinischer Manier „politische Landschaftspflege“ betrieben und alle bürgerlichen Parteien finanzierten, wurden

im Wahlkampf, der Modis Wiederwahl im Frühjahr 2019 vorausging, der größte Teil aller Großspenden auf dessen „Indische Volkspartei“ (BJP) konzentriert: Einschränkung von Meinungsfreiheit und Minderheitenverfolgung berührten manche indische Industriekapitäne eher unangenehm, die wirtschaftspolitischen Gewinnaussichten waren jedoch konkurrenzlos attraktiv. Westliche Regierungen, von Trump bis Merkel, verhielten sich analog und verschafften dem aufsteigenden indischen Autoritarismus internationale Rückendeckung. In den Bauernprotesten seit Herbst 2020 werden erneut die beiden Kernmerkmale der derzeitigen politischen Entwicklung eines Landes offenbar, das um Worte ringende Journalisten immer noch stereotypisch als „größte Demokratie der Welt“ bezeichnen: Untergrabung demokratischer Institutionen und Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten der Konzerne.

Hintergrund der heftigen Bauernproteste ist eine langjährige Krise der Landwirtschaft, die durch marktradikale Wirtschaftspolitik seit den 1990ern befeuert wurde. Eingeleitet wurde diese Wirtschaftspolitik – ebenso wie der sie begleitende Demokratieabbau – von Regierungen, die der Indische Nationalkongress anführte: die alte große Partei, die inzwischen auf eine ineffektive Oppositionsrolle zurechtgestutzt worden ist. Indien ist die Weltregion mit dem höchsten nicht-städtischen Bevölkerungsanteil: rund zwei Drittel der Bevölkerung leben auf dem Lande, von denen ein Großteil mindestens partiell von der Landwirtschaft abhängig ist. Die Agrarpreise stehen jedoch unter anhaltendem Druck, während infolge der Marktöffnung die Kosten für

Saatgut, Dünger und Pestizide steigen. Die Landwirtschaft bietet immer weniger Perspektiven, während die urbane Ökonomie die freigesetzten Arbeitskräfte nur unzureichend, oft nur als zirkulierende Arbeitsmigranten, absorbiert. Diese massive soziale Krise gerät nur selten in die Schlagzeilen, außerhalb Indiens fast nie. Das Elend der Kleinbauernschaft wird höchstens publik, wenn Bauernselbstmorde in epidemischen Proportionen für kurze Zeit etwas Aufmerksamkeit auf sich ziehen können.

Die Covid-19-Krise beschleunigte und verstärkte im Jahre 2020 die Prozesse des Demokratieabbaus und der sozio-ökonomischen Umverteilung von unten nach oben. Diese Prozesse verliefen in mehreren Etappen, die in den derzeitigen Bauernprotesten kulminierten:

(1) Um die Jahreswende 2019/2020 standen Konflikte um ein neues Staatsbürgerschaftsrecht im Zentrum der indischen Öffentlichkeit: Der Citizenship Amendment Act präkarisierte den Staatsbürgerstatus der knapp 200 Millionen indischen Muslime. Massive Proteste, in denen muslimische Frauen beispiellose Prominenz erlangten, erliefen trotz orchestrierter Medienkampagne signifikante zivilgesellschaftliche Unterstützung. Hindu-chauvinistische Mobs schlugen in Kooperation mit politisch willfähigen Polizeikräften die Proteste gewaltsam nieder. Der Ausbruch der Covid-19-Pandemie wurde genutzt, um eine Neuformierung der Proteste zu verhindern. Im Schatten dieses Konflikts erfolgten, von den Medien wenig beachtet, massive Privatisierungen indischer Staatsbetriebe.

(2) Von Ende März bis Anfang Mai verhängte die indische Regierung un-

angekündigt einen Lockdown, der ca. 90 Millionen Tagelöhner, oft Wanderarbeiter, unmittelbar ihres Unterhalts beraubte und sie bis Ende April daran hinderte, legal in ihre meist ländlichen Herkunftsorte zurückzukehren. Das Elend der Wanderarbeiter, ihr „langer Marsch“ über viele Hundert Kilometer in die Heimatdörfer, führte zu Protest und zivilgesellschaftlicher Kritik. Große Teile der Mittelschichten unterstützten jedoch die sozial diskriminierende Covid-19-Politik der regierenden Rechtskräfte, die sich im November sogar in der strategisch wichtigen Landtagswahl in Bihar behaupten konnten – einer Region, die von der Behandlung der Wanderarbeiter besonders betroffen war.

(3) Entsprechend sah sich die Rechtsregierung ermutigt, ihre aggressive Umverteilungspolitik im Windschatten der Covid-19-Krise weiter zu verschärfen, dabei verstärkt auf das Mittel der Notverordnungspolitik zurückzugreifen und parlamentarisch-demokratische Strukturen weiter auszuhöhlen. Im September 2020 wurden entsprechend zwei Gesetzesbündel weitgehend ohne parlamentarische Prüfung und Diskussion durchgepeitscht: drei „Labour Codes“, die das postkoloniale Arbeitsrecht weitgehend aushebelten, und die drei „Farm Bills“: Agrargesetze, gegen die sich in den folgenden Monaten die Bauernproteste formierten.

Die neuen Agrargesetze hebeln im Kern die Formen landwirtschaftlicher Marktkontrolle aus, die in den ersten Jahrzehnten nach der indischen Unabhängigkeit erlassen wurden, um den Bauern Mindestpreise zu garantieren, Hortung und Marktspekulationen durch Handelskapital zu unterbinden, die Ernährungssicherheit Indiens zu

gewährleisten und Preisschwankungen auf dem Weltmarkt auszugleichen. Die Systeme der staatlich kontrollierten Agrarmärkte und Vorratshaltung sowie der Lebensmittelrationierung waren aus guten Gründen immer wieder auch von Bauern kritisiert worden; durch die neuen Gesetze sehen sie sich nun aber der Willkür in- und ausländischer Agrarkonzerne und verstärktem Druck auf die Agrarpreise ausgesetzt.

Der Charakter der nächsten Etappe politischer Entwicklung liegt noch im Halbschatten. Bislang ist es der indischen Rechtsregierung mit Hilfe willfähriger Medien stets gelungen, Protestbewegungen (von Studierenden, unteren Kasten oder Muslimen) politisch zu isolieren und zu kriminalisieren. Auch die protestierenden Bauern sind als Separatisten und „Naxaliten“ (Maoisten), als Feinde der Nation diffamiert worden. Die Bauernproteste haben aber eine größere soziale Breite als frühere Bewegungen erlangt, und die enge familiäre Verflechtung der Bauernschaft mit den unteren städtischen Mittelschichten erschwert ihre politische Marginalisierung. Ob indische Bauern 2020 das Anfang vom Ende der indischen Rechtswende einleiteten oder ob es der Modi-Regierung erneut gelingt, politische Krisen für eine Konsolidierung autoritärer Strukturen zu nutzen, bleibt abzuwarten.

Ravi Ahuja